

Afghanistan im Überblick

zusammengestellt von Theodor Rathgeber

Friedensprozess in Frage gestellt

Eine Reihe brutaler Angriffe seit Mitte Mai hat die Idee eines Friedensprozesses an sich in Frage gestellt. Expert(inn)en im *Brookings*-Institut (Washington) und in der *International Crisis Group* (Brüssel) fragen sich, ob der Prozess damit tot ist, bevor er überhaupt in Gang gekommen ist. Es mehren sich die Unkenrufe, dass es immer schon unwahrscheinlich war, Verhandlungen zwischen der afghanischen Regierung, den Taliban und – unter glücklichen Umständen – zivilgesellschaftlichen Teilen der afghanischen Gesellschaft könnten konstruktiv abgeschlossen und die Gewalt deutlich reduzieren werden. Die Gewalt gibt hingegen eher eine genauere, wenngleich erschreckende Vorschau auf das, was kommen wird: wiederkehrende langwierige Verhandlungen inmitten von Gewalt und verheerendem Blutvergießen. In den vergangenen Jahren haben die afghanischen Sicherheitskräfte keine Kompetenzen gezeigt, einen Aufstandsbekämpfungskrieg zu gewinnen. Im Gegenteil, entlang ethnischer und politischer Gräben finden sie sich regelmäßig mit lokalen Taliban-Einheiten zusammen und entladen manchmal Munition in Scheinoperationen, vor denen sie die Taliban im Voraus warnen. Ernsthafte offensive Operationen gegen die Taliban führten allein die afghanischen Spezialeinheiten durch. Im großen Ganzen waren es die Taliban, die das Einsatztempo auf dem Schlachtfeld diktiert haben. Wenngleich weder Regierung noch Taliban für die neue Gewaltwelle verantwortlich gemacht werden möchten, beginnt sich das Fenster zu einem Friedensprozess zu schließen. Die Europäische Union fällt als Makler aus.

Corona-Pandemie verschärft Krisen

Das neuartige Coronavirus hat Afghanistan erreicht. Seit Februar kehrten rund 300.000 Wanderarbeiter/-innen aus Pakistan und dem Iran zurück, zu der Zeit ein Epizentrum des Virus. Das afghanische Gesundheitsministerium schätzte damals, dass sich das Virus in 29 von 34 Provinzen ausgebreitet hatte. Ende März hatte der afghanische Gesundheitsminister von bis zu 25 Millionen Afghan(inn)en gesprochen, die mit dem Coronavirus infiziert werden könnten – bei einer Bevölkerung von etwa 36 Millionen. Die *Johns-Hopkins*-Universität meldete Mitte Juni knapp 30.000 Infizierte und 570 Tote bei geringen Testkapazitäten. Die afghanische Regierung hatte Maßnahmen zur

Eindämmung des Virus angekündigt, die der weltweiten Praxis entsprachen. Die Schwächen der Gesundheitsinfrastruktur in einem Land, das durch Armut und vier Jahrzehnte bewaffneten Konflikt gebeutelt ist, könnten allerdings im Vergleich zu der aus der Corona-Krise resultierenden Ernährungskrise bei steigenden Preisen und Treibstoffknappheit verblasen. In den von den Taliban kontrollierten Gebieten steht die Mohnernte im Vordergrund, die anscheinend gut ausfällt, die aber durch die interne Arbeitsmigration zusätzlich zur Ausbreitung des Virus in der ländlichen Bevölkerung beiträgt. Afghanistan ist außerdem bei den meisten Grundnahrungsmitteln, darunter Weizenmehl, das fast drei Viertel der Ernährung der armen Bevölkerung ausmacht, von Importen abhängig. Die meisten Weizenimporte stammen aus Kasachstan, das seine Grenzen abriegelt hat. Der Export erfolgt unter streng begrenzten Quoten, und die Begrenzungen sollen bis mindestens September andauern. Indien könnte aufgrund seiner guten Getreideernte Abhilfe schaffen. Doch die Abriegelung dort macht es unwahrscheinlich, dass Indien die mehr als zwei Millionen Tonnen ausgleichen könnte, die Afghanistan in diesem Jahr an Importen benötigt. Zumal der Transport durch Pakistan geschleust oder über Flughäfen abgewickelt werden müsste, die im Moment allenfalls eingeschränkt und nicht mit Priorität für Hilfslieferungen nach Afghanistan funktionieren. Die Fähigkeit Afghanistans, die Nahrungsmittelknappheit zu lindern, hängt davon ab, wie seine Nachbarn, von denen viele mit ihren eigenen katastrophalen Umständen konfrontiert sind, die Pandemie bewältigen. Die Ländersituationen, wie sie in anderen Artikeln im Heft beschrieben werden, sind da nicht ermutigend.

Sanktionen gegen Mitarbeiter/-innen des ICC

Anfang Juni verkündete der US-Präsident Sanktionen gegen Mitarbeiter/-innen des Internationalen Strafgerichtshofs (ICC), wenn sie wegen möglicher Kriegsverbrechen gegen US-Bürger/-innen ermitteln. Etwaiger Besitz der Betroffenen in den USA könnte eingefroren, Visabeschränkungen erlassen werden. Der ICC in Den Haag hatte im März den Weg für Ermittlungsverfahren zu mutmaßlichen Kriegsverbrechen in Afghanistan freigemacht – auch gegen Mitarbeiter/-innen des US-Geheimdienstes CIA. Ermittelt werden kann dabei auch zu mutmaßlich geheimen Gefangenenlagern der US-Streitkräfte außerhalb von Afghanistan.